

Inflation - eine Fingerübung zur Diskussion

Das Gespenst einer Inflation ist zurück in Medien und Wirklichkeit. Viele Wirtschaftswissenschaftler verweisen auf Sonderbedingungen, die wieder verschwinden werden und damit auch der Preisauftrieb in der EURO-Zone von derzeit 5%. Manches davon ist einleuchtend wie z.B. Corona, Transportengpässe/"Chip-Krise" oder der Gaspreis, von dem man noch nicht weiß, wie weit er mit der Ukrainekrise zusammenhängt und wie weit es auch Fehler beim Einkauf gegeben hat.

Die Abhängigkeit von Gasimporten insbesondere vom russischen Problempartner sind das Eine, worüber hier nicht weiter spekuliert werden soll, die ehrgeizigen Klimaschutzziele sind allerdings ein Anderes, das noch nicht so sehr im Themenkatalog der Inflationsdebatte steht - darum soll es hier gehen:

Es wurde lange darüber hinweg geschwurbelt, dass Klimaschutz Geld kostet. Eine Menge Dinge des täglichen Lebens werden teurer sein als in der Vergangenheit, von der immer grüneren Mobilität über die Heizung und Mieten bis zur tierethisch-ökologischen Ernährung und Kleidung.

Nun könnte man das aus der Inflationsdebatte heraushalten, wenn man dem Warenkorb der Inflationsrechner einfach den Klimaschutz und die Tierethik als weitere, zu erwerbende Ware einsetzt: wir kaufen uns für die Mehrkosten ja eine bessere Umwelt und ein besseres Gewissen.

So wird es allerdings nicht laufen, und so wird der Preisauftrieb bei Wohnen und Essen sicher nicht wahrgenommen. Es wird bei der einfachen Methode bleiben, dass die steigenden Mietkosten ebenso wie höhere Fleisch- und Gemüsepreise als Inflation ausgewiesen werden, weil sie ja auch als Minderung der Kaufkraft empfunden werden.

Die vorhersehbare gesellschaftliche Reaktion wird sein (wie bei den französischen Gelbwesten schon zu besichtigen), dass die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften auch anderswo einen Ausgleich für die Geldentwertung fordern werden, sei es von den Arbeitgebern oder von den Staaten. Letztere dürften aber schon von der Bewältigung der Coronakosten über den Rand der beherrschbaren Verschuldung gestoßen worden sein - einer Verschuldung, die gerade wegen der beginnenden Inflation auf Grund von Zinserhöhungen der Zentralbanken drastisch spürbar werden wird.

Die Unternehmen werden auf den Druck ihrer Arbeitnehmer (und der Gewerkschaften) Lohnerhöhungen zustimmen müssen, die sie nur durch Preiserhöhungen refinanzieren können, zumal sie auch für den Klimaschutz spürbare Mehraufwendungen zu tragen haben. Für eine solche Entwicklung spricht auch die absehbare quantitative Überforderung des Humankapitals, d.h. der für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlichen Arbeitskräfte.

Wenn diese Überlegungen weitgehend richtig sind, steht uns eine handfeste Preis-Lohn-Preis-Spirale ins Haus, also eine sich beschleunigende Geldentwertung, die insbesondere in Deutschland zu einer Vertrauenskrise gegenüber der Regierung und einem Zulauf zu radikalen Alternativ-Parteien führen dürfte.

Oder wie kann es anders kommen?

Gerd Eisenbeiß , 6. Februar 2022